

Abschlussbericht 2013 - 2016

Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“, Stadt Stuttgart

Projekt „Recht auf Zukunft“

Projektort:
Stuttgart – Wangen

Zielgruppe:
Kinder und Jugendliche ab 6 Jahren und deren Eltern im Stadtbezirk Wangen, vornehmlich Familien aus Rumänien und Bulgarien, die Ansprache und Orientierung brauchen.

Koordination:
Gisela Küllmer
Judith Klann

im Januar 2017

Inhalt

1. Allgemeine Angaben.....	3
2. Vorbereitung.....	4
Beteiligte	4
Ziele und Erwartungen.....	5
Inhalte, Methoden.....	5
3. Durchführung und Projektverlauf	6
Gewinnung der TN	6
Maßnahmen	7
Erwachsene/ Eltern	7
Junge Erwachsene	8
Kinder/ Jugendliche.....	9
4. Ablauf, Schwierigkeiten, Probleme.....	9
Änderungen gegenüber der Planung	9
Seminare Mitarbeit/ Einbeziehung der TN.....	10
5. Zielerreichung	11
Ergebnisse inhaltlich und praktisch.....	11
6. Öffentlichkeitsarbeit	13
7. Kooperationspartner im Projektverlauf.....	14
8. Bewertung des Projekts	15
Positive/negative Beobachtungen und Erfahrungen.....	15
Resonanz/ Rückmeldungen aller Beteiligten.....	16
9. Nachbereitung/ Perspektiven/ Nachhaltigkeit.....	16

1. Allgemeine Angaben

Projekttitle: „**Recht auf Zukunft**“

Projektnummer: **C.4**

Dauer: **01. November 2013 – 31. Oktober 2016**

Träger: **AGDW e.V. Heusteigstr. 34, 70180 Stuttgart**

Projektleitung: Gisela Küllmer, Judith Klann

TeilnehmerInnen:

Gesamt: 103			
Alter	w	m	Herkunftsland
0 - 5	7	7	Rumänien
6 - 12	9	4	Rumänien
	1	5	Bulgarien
13 -18	5	5	Rumänien
	1	3	Bulgarien
19- 30	13	9	Rumänien
	1	3	Bulgarien
ab 31	14	10	Rumänien
	4	2	Bulgarien

2. Vorbereitung

In Stuttgart-Wangen fand auf Einladung der Bezirksvorsteherin Ende Mai 2013 ein kurzfristig anberaumtes Gespräch mit mehreren Trägern, der Polizei, der Fachstelle Migration vom Sozialamt, der Rückkehrberatung und der AGDW statt. In dem gemeinsamen Gespräch wurde die Situation der zugezogenen Familien, vornehmlich aus Rumänien, erörtert.

Anlass zu diesem Krisengespräch war eine sogenannte „Pension“ in Wangen. Anwohner beschwerten sich über die Zustände, bemängelten, dass sich Bewohner der Pension mit ihren Kindern bis spät in die Nacht auf dem Marktplatz aufhielten, sich laut unterhielten, den Abfall nicht entsorgten. Kinder und Jugendliche hielten sich auch tagsüber auf diesem Platz auf, gingen also offensichtlich nicht in die Schule oder in den Kindergarten.

Die Bezirksvorsteherin und auch MitarbeiterInnen des Beratungszentrums Inselstr. berichteten immer wieder an mehrere Stellen in unterschiedlichen Ämtern über diese Missstände und bemühten sich um Klärung und Änderung der Situation, leider ohne den erwünschten Erfolg. Die Pension, in der die meisten der Zuwanderer auch heute noch wohnen, war und ist in einem armseligen und unhygienischen Zustand.

Mit Unterstützung und Mitteln des Projektmittelfonds Zukunft der Jugend konnte das Projekt „Recht auf Zukunft“ im November 2013 gestartet werden.

Das Projekt möchte ergänzende unterstützende Maßnahmen erproben und chancenarme Kinder und Jugendliche intensiv begleiten und in ihrer Werte- und Persönlichkeitsbildung in einer für sie fremden Umgebung unterstützen.

Beteiligte

Kinder und Jugendliche ab 6 Jahren und deren Eltern im Stadtbezirk Wangen, vornehmlich Familien aus Bulgarien und Rumänien, die Ansprache und Orientierung brauchen.

Bezirksrathaus, B10 Jugendhaus, AGDW e.V.

Ziele und Erwartungen

- Unterstützung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen ab 6 Jahren (und deren Eltern), die bereits im Stadtbezirk wohnen und von weiteren zuziehenden Familien direkt nach dem Zuzug,
- Verbesserung der Orientierung im Stadtteil (bzw. in Stuttgart),
- schnellere und bessere Zugänge zu bestehenden Angeboten für Kinder, Jugendliche und deren Eltern,
- Sicherstellung des regelmäßigen Schulbesuches der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen,
- Förderung der Begegnung bzw. des Austausches der zugezogenen Kinder und Jugendlichen mit gleichaltrigen deutschen Kindern und Jugendlichen, Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten in Kooperation mit dem Jugendhaus,
- Durchbrechung der sozialen Isolation,
- Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mentoren für diese Zielgruppe,
- Abbau von Vorbehalten der Klienten gegenüber Institutionen wie Jugendamt und Schule,
- Vorurteilbewusster Umgang mit der Thematik, um eine gegenseitige Akzeptanz der Menschen in der Nachbarschaft anzustreben.

Inhalte, Methoden

- Der Zugang zu den Familien und deren Kinder wird mit Hilfe von sog. „Kultur-dolmetschern“ oder auch mit Dolmetschern gesucht.
- Als ein erster Schritt wird mit den Familien eine realistische Möglichkeit erörtert, die Voraussetzungen zu schaffen, die den Kindern und Jugendlichen den regelmäßigen (Pflicht)Schulbesuch möglich machen.
- Ein städtischer Deutschkurs wird eingerichtet, um die Deutschkenntnisse der Eltern und der nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen zu verbessern.
- Nach gelungener Kontaktaufnahme nutzt die AGDW die Kooperation mit den anderen Trägern vor Ort, um weitere gemeinsame Maßnahmen für die Kinder und Jugendlichen zu planen.

- z.B.
 - Angebote, je nach Bedarf für die Eltern und/oder Jugendlichen zu Themen wie Gesundheit/ Hygiene, Sucht-/Gewaltprävention, Erziehungsthemen,
 - Orientierung im Stadtbezirk, Kennen lernen der Institutionen vor Ort,
 - Zugang der Kinder und Jugendlichen zu den entsprechenden schulischen und außerschulischen Angeboten,
 - Förderung des Austausches zwischen zugezogenen und einheimischen Jugendlichen.

- Ein Mentorenkreis wird aufgebaut und begleitet und unterstützt die Kinder und Jugendlichen, evtl. auch deren Familien, bei der Umsetzung der angestrebten und selbst gesteckten Ziele. Sie helfen bei der Orientierung im Stadtbezirk, nehmen evtl. Kontakt zu Sportvereinen auf etc.
- Interkulturelle Elternmentoren von der Schule vor Ort werden einbezogen, die auch das Thema „Schulpflicht“ und „Rechte und Pflichten der Eltern“ ansprechen und über Beratungsangebote für Kinder und Eltern in Stuttgart informieren.
- In Kooperation mit dem Bezirksrathaus werden regelmäßige Gespräche mit den Bewohnern im Stadtteil zu den aktuellen Themen angestrebt.

3. Durchführung und Projektverlauf

Gewinnung der TN

Wir nahmen einen sehr direkten, ersten Kontakt zu einer Familie auf, indem wir in einer der beiden bekannten Pensionen an eine beliebige Tür klopfen. Eine rumänische Familie mit einem Baby und einer älteren Tochter wohnte dort für viel Miete auf engstem Raum. Wir wurden höflich hereingebeten, die Familie schilderte uns sehr offen die drastischen Umstände unter denen sie leben. Sie erzählten von vielen Familien, die teilweise unter dem nicht isolierten Dach wohn(t)en oder auch im Keller. Die hygienischen und sanitären Verhältnisse waren unsagbar schlecht. Die Familie war nicht angemeldet, die Tochter ging nicht in die Schule, es gab keine medizinische Versorgung für das Neugeborene, da die Familie keine Krankenversicherung hatte.

Über diesen Erstkontakt lernten wir bald weitere Familien kennen, die alle in ähnlich prekären Situationen leb(t)en:

Maßnahmen

Erwachsene/ Eltern

Keiner der Klienten kannte sich mit Sozialleistungen, Zugang zu Kindergeldbezug, Krankenversicherung, Schulpflicht, Zugang zum Arbeitsmarkt (bezahlte Arbeit mit Vertrag), mit Mietverträgen und somit auch mit Rechten und Pflichten der Vertragspartner aus. Sie waren/ sind mehr oder weniger der Willkür einiger, die gut an ihnen verdienen, ausgesetzt.

Wir begannen mit der „Basisarbeit“:

- meldeten die Familienmitglieder, vor allem die Kinder und Jugendlichen im Bürgerbüro an,
- beantragten die Familiencards,
- begleiteten die Eltern und Jugendliche zur Anmeldung in die IVK
- beantragten bei der ssb school-Abos,
- richteten, zusammen mit den Erwachsenen, Giro-Konten ein,
- füllten Anträge auf Kindergeld aus,
- begleiteten die Familien zur Familienkasse,
- beantragten Krankenversicherungen bei der AOK,
- besuchten mit den Jugendlichen das „B10“ Jugendhaus,
- meldeten sportinteressierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur kostenlosen Teilnahme bei „Sportkultur“ in Wangen an,
- erstellten, gemeinsam mit den arbeitsfähigen Erwachsenen Lebensläufe und
- suchten über niederschwellige Angebote einen Einstieg in den Arbeitsmarkt,
- begleiteten mehrere Personen zu Vorstellungsgesprächen,
- fuhren mit kranken Erwachsenen und Kindern zur „Malteser Migranten Medizin“
- kümmerten uns um angesammelte Krankenhausrechnungen, die teilweise schon im Mahnverfahren waren,
- richteten einen städtischen Deutschkurs im Rathaus Wangen ein.

Für Erwachsene, die vom Jobcenter über die Integrationsvereinbarung verpflichtet wurden, an Integrationskursen teilzunehmen, war viel Überzeugungsarbeit und teilweise Begleitung zum termingerechten Besuch in der Clearingstelle oder zu den Sprachkursträgern erforderlich.

In Krisensituationen wurden Begleitungen zu entsprechenden Institutionen notwendig, z.B. zum FETZ-Frauenberatungs- und Therapiezentrum, zur Schwangerenberatung oder zu pro familia.

Junge Erwachsene

Wir bemühten uns sehr darum, gerade die jungen Leute zu überzeugen, einen Schulabschluss in Deutschland zu machen, bzw. eine Ausbildung zu beginnen.

Die jungen Männer fanden oftmals einen Minijob, den sie aber häufig schnell wieder verloren, wenn sich die Auftragslage der Firmen angeblich verschlechtert hatte.

Wir hielten Kontakt zu den Sachbearbeitern des JCU25 und versuchten unsererseits, die TN davon zu überzeugen, dass sie nur mit einer guten Ausbildung Chancen auf einen guten Beruf und einen besseren Verdienst haben und somit ihre Familien gut versorgen können.

Wir waren in Kontakt mit anderen Trägern, um die jungen Leute über niederschwellige Angebote an geregelte Abläufe zu gewöhnen (IHK-Kausa, Joblinge, Vabo). Hierbei fanden sowohl offene Informationsabende als auch Einzelberatungen statt.

Die jungen Frauen hatten in der Regel eine der Hauptschule entsprechende Schulbildung und sprachen oft schon ganz gut Deutsch. Sie hätten gerne eine Ausbildung gemacht, waren aber durch die Kinderbetreuung gebunden. Gemeinsam mit ihnen und teilweise mit dem JCU25 suchten wir nach Möglichkeiten der Weiterbildung und der Kinderbetreuungen. Mit den jungen rumänischen Müttern mit Kleinkindern gab es Gruppentreffen im Mädchengesundheitsladen. Hier wurden Themen wie Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltprävention behandelt.

Alle jungen Familien mit Kleinkindern wurden vom Beratungszentrum Inselstraße in verschiedenen Stadtbezirken in Sozialpensionen untergebracht, die zumindest andere Hygienestandards versprachen. Zur Beratung und Betreuung suchten sie

weiterhin das Projektbüro der AGDW in Wangen auf.

Kinder/ Jugendliche

Die Kinder und Jugendlichen der von uns betreuten Familien wurden eingeschult. Für viele Familien mit schulpflichtigen Kindern war die Gewöhnung an den festen Rhythmus und an Regeln sehr schwierig. Häufig wurden wir zu gemeinsamen Elterngesprächen in die Schulen gebeten, weil Hausaufgaben nicht vorlagen, Entschuldigungen fehlten, Kinder im Unterricht auffällig waren.

Bei den älteren Jugendlichen ging es um Verhalten und Leistung, aber auch um die Beendigung von Schulbesuchen, weil Jugendliche nicht regelmäßig dort waren oder um Perspektivgespräche, wenn die schulpflichtige Altersgrenze erreicht war.

In Kooperation mit dem Mädchen-Gesundheitsladen fanden Treffen mit einer Gruppe von rumänischen Mädchen statt. Themen wie Pubertät, Leben in Deutschland, Identität, Freundschaft, Verhütung, Frauenbilder in den Herkunftsländern, Anmache, Gewalt u.v.m. wurden im geschützten Raum besprochen.

In dem Auswertungsgespräch mit den Kolleg_innen des MGL wurde klar, dass sich die Mädchen durch die wertschätzende Arbeit der Gruppenleiterin für die Angebote öffnen konnten: Gespräche, kreatives Arbeiten, alles Dinge, die „zu Hause“, schon allein aufgrund der prekären Wohnverhältnisse, nicht möglich waren. Immer wieder wurde das Thema der frühen Heirat angesprochen, was für die jungen Mädchen nach wie vor erstrebenswert erscheint. Sie sind der Tradition oftmals sehr verpflichtet.

4. Ablauf, Schwierigkeiten, Probleme

Änderungen gegenüber der Planung

Zu Beginn des Projektes wurde schnell deutlich, dass, anders als in der Planung vorgesehen, zunächst Basisarbeit betrieben werden muss. Bevor Maßnahmen wie die Koordination vielfältiger Freizeitaktivitäten durchgeführt werden können, müssen die

Menschen beim Bürgerbüro registriert, in der Schule angemeldet und Kindergeld beantragt werden.

Dies bedeutete zunächst, dass nicht ausschließlich die Kinder und Jugendlichen im Fokus standen, sondern besonders die Rahmenbedingungen der gesamten Familie.

Gegenüber der Planung erwies es sich außerdem als äußerst schwierig, ein Mentorenkreis für die beschriebene Zielgruppe aufzubauen. Wir wurden häufig mit bestehenden Vorurteilen konfrontiert. Es war schwierig, ehrenamtliche Unterstützer und Begleiter für die Kinder und Jugendlichen zu gewinnen, sodass sich lediglich eine Ehrenamtliche kontinuierlich mit drei der Mädchen trifft, um sie bei schulischen Angelegenheiten zu unterstützen.

Ebenso erwies es sich als aussichtslos, interkulturelle Elternmentoren von der Schule vor Ort mit einzubeziehen. Auch hier trafen wir auf vorgefasste Meinungen und auf wenig Interesse an gemeinsamen Aktionen.

Die geplanten regelmäßigen Gespräche mit den einheimischen Bewohnern im Stadtteil zu den aktuellen Themen wurden im Verlauf des Projektes weitestgehend von der Bezirksvorsteherin Beate Dietrich durchgeführt. Der angestrebte konstruktive Kontakt zwischen Projektteilnehmern und einheimischen Anwohnern blieb aus. Hierzu zählt auch weitestgehend der Kontakt zwischen einheimischen und zugezogenen Jugendlichen. Bis auf einige Schulkontakte bleiben die Kinder und Jugendlichen meist unter sich.

Seminare Mitarbeit/ Einbeziehung der TN

- Gesund Essen und Trinken
- Körperhygiene/ Körperpflege
- Haushaltshygiene/ Müllvermeidung/ Mülltrennung/ Müllentsorgung
- Sicher Soziale Netzwerke
- Schulsystem/ Schulalltag in BW
- Schul- und Bildungssystem
- Informationen über MBE – Migrationsberatung für Erwachsene
- Gewalt gegen Frauen – in Kooperation mit Wildwasser Stuttgart e.V.
- Ausbildung und Arbeit in Deutschland – in Kooperation mit der IHK Stuttgart

5. Zielerreichung

Ergebnisse inhaltlich und praktisch

	Herkunftsländer	Bedarfe	Kooperationen
		Beratung, Begleitung, Betreuung:	
Erwachsene	Rumänien ca. 27 TN Bulgarien 8 TN	Anmeldungen Deutschkurse Integrationskurse BAMF Med. Versorgung Krankenversicherung Bewerb./Arbeitssuche ggf. aufstock. Sozialehilfe Bonuskarte Monatskarte Sport/ Gymnastik Wohnungen WBS Notunterkunft wg. Kündigung etc. Vormundschaft/ Vaterschaftsanerkennung Beratungsbedarf	Bürgerbüro SIP Stuttgart Clearingstelle Malteser AOK/andere Jobcenter/ Agt. f. Arbeit Jobcenter Sozialamt SSB Sportkultur ????????? Jobcenter/ BZI BZI/ HZE pro familia Schwangerenbera- tung.

Kinder/ Jugendliche	Rumänien ca. 20 TN Bulgarien 7 TN	Kindergeld Schulanmeldungen Eltern- Lehrergespräche Begleitung Familiencard Scool Abo Med. Versorgung Familiervers. MentorInnen Kindergarten Beratungen/Vormundschaft/ Familienhilfe/ Vaterschaftsanerkennung / Unterhalt Sport Beratung/Prävention	Familienkasse IVK, Schulen Lehrkräfte/ Schul- Sozialarbeit Hort Bürgerbüro ssb Malteser/ AOK u. andere MefJu- Mentorenprogr. städt./ priv. Kiga BZI und HZE Sportkultur Mädchen- gesundheitsladen
Junge Erwachsene	Rumänien ca. 15 TN Bulgarien 1 TN	Arbeit/ Bewerbung/ Ausbildung Ausbildung Kooperationen: Notunterkünfte f. junge Familien mit Babies Wohnraum Vaterschaftsanerkennung / Vormundschaft Familienhilfe Beratung/Prävention	JCU25 Projekte: Kausa Joblinge VABO BZI/ JCU25 ????????? BZI HZE Pro familia,

6. Öffentlichkeitsarbeit

- Bezirksbeirat
- Stadtteiltrunde
- Internationaler Ausschuss
- HZE
- Delegation aus Rumänien
- Jahresberichte 2013-2015 AGDW e.V.
- Presse
- Anwohnerggespräche

Da in dem Stadtbezirk der Unmut über die EU-Zuwanderer stieg, lud die Bezirksvorsteherin, Frau Beate Dietrich zu Beginn des Projektes zu einem Austausch ein. Dieser Einladung folgten viele Anwohner. Sie nahmen die Gelegenheit wahr, um über die aktuelle Situation vor Ort, so wie sie diese mit den Zuwanderern erlebten, zu berichten, über ihre Betroffenheit und den Ärger über Umstände, mit denen sie unmittelbar konfrontiert wurden.

Im Juli 2014 lud Frau Beate Dietrich Frau Wansor vom BZ Inselstr., Frau Stuntebeck HZE und Herrn Pavkovic SIP, sowie die Projektmitarbeiterin zu einer Besprechung über die aktuelle Situation ein.

Die Ergebnisse darüber wurden formuliert und an die entsprechenden Stellen weitergeleitet.

7. Kooperationspartner im Projektverlauf

Bezirksvorsteherin, Frau Beate Dietrich, Wangen

Bezirksbeirat, Wangen

Bürgerbüro, Wangen,

Jobcenter, Wangen

JC U25, Stuttgart

Clearingstelle

B10 Jugendhaus, Wangen

HFK Kinder und Jugendliche, Wangen

Bildungsregion Wangen

Wilhelmsschule, Wangen

Steinenbergschule, Hedelfingen

Falkertschule, Stgt. West

Raitelsbergschule, Stgt. Ost

Hohensteinschule, Zuffenhausen

TE Ravensburger Str., Stgt. Wangen

Beratungszentrum Inselstr., Wangen

HZE, Wangen

Sozial-Psych. Dienst, Stgt. Möhringen

Wildwasser e.V.

FETZ e.V.

Jugendsachbearbeiter der Polizei, Untertürkheim

Sportkultur, Stuttgart

Malteser Migranten Medizin, Stuttgart

AGDW- MBE-Migrationsberatung für Erwachsene

AGDW Mentorenprogramm „MefJu“- Mentoren für Jugendliche, Stuttgart

Mädchengesundheitsladen, Stuttgart

„Jungen im Blick“, Stuttgart

Pro familia, Stuttgart

InsideOut, Stuttgart

8. Bewertung des Projekts

Positive/negative Beobachtungen und Erfahrungen

Die Umsetzung des Projektes, nämlich die Förderung der Kinder und Jugendlichen, wurde möglich, nachdem die Familien in einigermaßen gesicherten Lebensverhältnissen leben konnten, was in der Realität nicht leicht zu verwirklichen war.

Engster Wohnraum muss (auch mit JC-Geldern) teuer bezahlt werden.

Häufig hörten wir von der Drohung, dass alle Bewohner, trotz der mittlerweile ausgestellten Mietverträge auf die Straße gesetzt werden sollten.

Eine Alternative gab es für die meisten TN nicht. Natürlich war die Suche nach Wohnraum in Stuttgart besonders schwierig. Obwohl inzwischen fast alle Projektteilnehmer Jobcenterbezüge und somit Mietzuschüsse erhielten, stießen sie bei der Wohnungssuche auf große Vorbehalte/ Vorurteile.

Einige Familien fuhren zurück in die Heimat wg. Krankheit oder Perspektivlosigkeit, einige zogen sicher weiter in andere EU-Länder, andere waren durchaus zufrieden mit dem Minijob, was sie damit erklärten, dass die Verhältnisse in den Herkunftsländern viel unerträglicher sind und die Situation hier eine Verbesserung für sie und ihre Familien bedeutete.

Eine wichtige Erfahrung im Verlauf des Projektes war der Umgang mit der Verbindlichkeit der TN. Einige Familien waren es aus ihrer Biografie nicht gewohnt, sich nach festgelegten Terminen zu richten und besonders die Bedeutung der Verbindlichkeit in Deutschland ist vielen Projektteilnehmern nicht bewusst. Somit kam es im Projektverlauf immer wieder in verschiedenen Kontexten zu Problemen und Spannungen.

Resonanz/ Rückmeldungen aller Beteiligten

Stellungnahme der Bezirksvorsteherin, Frau Beate Dietrich:

Durch das Projekt versprach ich mir eine höhere Akzeptanz der Bewohner in ihrer direkten Nachbarschaft, dass die Menschen sich kennen lernen und miteinander reden, insbesondere im Konfliktfall. In der Tat trat hier nach etwa einem Jahr eine Besserung der Situation ein.

Allerdings erfordert die hohe Fluktuation, dass z.B. Informationsabende zu „Alltagskompetenzen“ immer wieder stattfinden, dass die Familien mit Kindern aufgesucht und mit den alltäglichen Anforderungen vertraut gemacht werden, dass die Kinder eingeschult werden und Hausaufgabenhilfe erhalten, dass die Jugendlichen in schulischen Angelegenheiten und auf dem Weg in die Ausbildung beraten und begleitet werden etc...

Aus Sicht des Stadtbezirks ist eine Fortsetzung des Projektes, vor dem Hintergrund, dass vor allem die jungen Menschen und die Kinder hier dauerhaft leben wollen/werden, unabdingbar.

09.03.2016

9. Nachbereitung/ Perspektiven/ Nachhaltigkeit

Dieses Projekt in Wangen, was sicher eine Integration der vielen Familien vor Ort nachhaltig förderte, endete im Oktober 2016.

Das grundsätzliche Problem der Integration von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien in Stuttgart ist damit nicht behoben. In vielen anderen Stadtbezirken leben Menschen in ähnlich prekären Situationen wie es in Wangen der Fall war, bevor wir mit dem Projekt „Recht auf Zukunft“ starteten. Nach wie vor sind diese Menschen vielen Vorbehalten und „Wahrnehmungsroutinen“ ausgesetzt und zusätzlich sog. „Vermieter“ und „Arbeitgeber“ ausgeliefert

Weitere Projekte für die Begleitung, Überzeugungsarbeit und Aufklärung sind notwendig und damit verbunden die Chance für die Menschen, hier wirklich anzukommen und nicht auf Durchreise in der Stadt Blumen verkaufen, Flaschen sammeln oder durch Musizieren - oder anderes - ein paar Euros verdienen zu müssen!

Aus den Nachbarorten Unter- und Obertürkheim, aus Hedelfingen und weiteren Stadtbezirken erreichten die AGDW weitere Anfragen nach Betreuung und Beratung der EU-Zuwanderer. Überall die gleiche Situation, was die Wohnverhältnisse angeht und die Hilflosigkeit, diese zu ändern, fehlende Informationen über Arbeitsbeschaffung, den Anspruch auf Kindergeld, über Krankenversicherung und Schulpflicht und andere Voraussetzungen für ein Alltagsleben.

Aufgrund der Vielzahl dieser Anfragen und der Erfahrungen aus diesem Projekt stellte die AGDW im Oktober 2015 einen Antrag für eine Projektförderung, die EU-Zuwanderung betreffend an das BMAS. Trotz der schriftlich erklärten Bereitschaft aller vier BezirksvorsteherInnen aus den Neckarvororten zur Zusammenarbeit in diesem Projekt, wurde die Interessensbekundung für eine Förderung leider nicht berücksichtigt.

Unser Ziel, unsere KlientInnen im Laufe des Projektes an bestehende Angebote, u.a. Migrationsberatung vor Ort, und Institutionen in unmittelbarer Umgebung anzubinden, wurde erreicht, was sichtbar macht, dass weiterhin eine stadtteilorientierte Arbeit notwendig ist.

Aufgrund der räumlichen Distanz fanden nach Abschluss des Projektes jedoch nur wenige Teilnehmer den Weg zur Migrationsberatung der AGDW in der Heusteigstrasse.

Ende 2016 befanden sich ca. 5 Familien in regelmäßiger Betreuung der MBE.